TARIFINFO der VKA

TARIFRUNDE ÖFFENTLICHER DIENST

2/2012 VOM 13. FEBRUAR 2012

VKA
Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände

Die Forderungen zur Tarifrunde

Am 1. März 2012 beginnt die Tarifrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Die Gewerkschaften erheben - ungeachtet der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den Finanznöten der Kommunen – Forderungen in einer Gesamthöhe von ca. acht Prozent.

Insgesamt würde die Erfüllung der Forderungen die kommunalen Arbeitgeber jährlich über sechs Milliarden Euro kosten.

Forderungen

Die von den Gewerkschaften genannten „6,5 Prozent“ gelten dabei nur für eine Minderheit der Beschäftigten: Durch den Mindestbetrag ergeben sich für die meisten höhere Prozentzahlen: Bis zu 13,8 Prozent in der Entgeltgruppe 1.

Eine höhere Steigerungsrate, nämlich 7,9 Prozent, fordern die Gewerkschaften dann auch ausdrücklich für die Versorgungsbetriebe.

Die Auszubildendenentgelte sollen um 100 Euro steigen, was einer Steigerung von bis zu 14 Prozent entspricht.

Zu den von den Gewerkschaften veröffentlichten Entgeltforderungen kommen eine ganze Reihe weiterer kostenträchtiger Bestandteile, die ebenfalls von den Bundestarifkommissionen der Gewerkschaften als Forderungen beschlossen wurden *(siehe Kasten)*.

Gewerkschaften fordern zwischen 6,5 und 14 Prozent

Position der VKA

„Die Gewerkschaftsforderungen sind angesichts der Rekordverschuldung der Kommunen vollkommen illusorisch und inakzeptabel – bei allem Verständnis für den Wunsch nach mehr Geld“, so der Präsident und Verhandlungsführer der VKA, Dr. Thomas Böhle. Ziel der VKA ist es, in dem außerordentlich begrenzten Rahmen einen Kompromiss zu finden, der die Belange der Beschäftigten angemessen berücksichtigt. „Jedoch sollten wir keine Erwartungen wecken, die wir nicht erfüllen können“, so Böhle.

VKA: Die Forderungen sind illusorisch und inakzeptabel

Weiteres Vorgehen

In den kommenden Wochen werden sich die Gremien der VKA mit dem Forderungspaket beschäftigen – insbesondere die Gruppenausschüsse im Hinblick auf die Bewertung der spartenspezifischen Forderungen.

Die Tarifverhandlungen finden wie in den vergangenen Jahren in Potsdam statt. Für die VKA werden die Mitgliederversammlung, das Präsidium und die Geschäftsführerkonferenz vor Ort sein.

Die Forderungen der Gewerkschaften

- **6,5 Prozent, mindestens 200 Euro** für den Bereich des TVöD und der TV-N.
  ➡ Durch den Mindestbetrag entspricht die geforderte lineare Erhöhung insgesamt **acht Prozent**.
- **7,9 Prozent** lineare Erhöhung im TV-V.
- Erhöhung der Auszubildenden– und Praktikanten-Entgelte in Höhe **von 100 Euro.**
  ➡ Das entspricht einer linearen Erhöhung von 12,9 Prozent (BBiG) bzw. 11.2 Prozent (Pflege)
- Laufzeit: 12 Monate.

Und:

- **Auszubildende: Unbefristete Übernahme** von Auszubildenden „ohne weitere Voraussetzung“. Zudem: **Fahrkosten** zum Besuch auswärtiger Berufsschulen sind vom Arbeitgeber zu tragen.
- **Theater und Bühnen**: Einbeziehung technischer Theaterbeschäftigter mit künstlerischen Aufgaben in den **Geltungsbereich des TVöD.**
- **Flughäfen: Zulagen von 90 Euro** zum Ausgleich von Anforderungen und Belastungen durch Safety und Security.
- **Sparkassen**: **gesonderte Verhandlungen** nach Abschluss der Tarifrunde zum Ausgleich sparkassenspezifischer Strukturprobleme.

Lage der Kommunen und ihrer Betriebe

Die Gewerkschaftsforderungen stehen in keinem Bezug zu den finanziellen Möglichkeiten der Kommunen. Auch die gesamtwirtschaftliche Lage wird ignoriert.

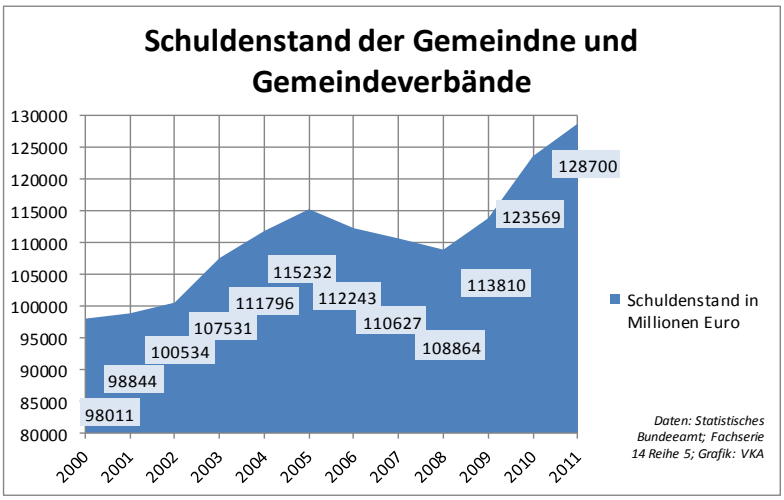
Die Finanzkrise bei den Kommunen hält an: Auch 2011 sind ihre Ausgaben stärker gestiegen als die Einnahmen. Der Schuldenstand liegt mittlerweile bei 128,7 Milliarden Euro. Die Unterfinanzierung schränkt den Handlungsspielraum der kommunalen Arbeitgeber ein. Personalkostensteigerung von sechs Milliarden Euro sind vor diesem Hintergrund nicht vertretbar.

Gewerkschaften ignorieren die Lage der Kommunen, ihrer Betriebe und die Gesamtwirtschaft

Blick in die Sparten

Besonders schwierig ist die Lage nach wie vor bei den Krankenhäusern. Sie sind durch die Anbindung an die Grundlohnrate von der wirtschaftlichen Entwicklung weitestgehend abgekoppelt. Die Steigerungsrate für 2012 beträgt 1,48 Prozent.

Für Unternehmen, die im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft stehen, nimmt der Druck auch durch Entscheidungen des Gesetzgebers und europarechtlicher Vorschriften zu. Beispiele hierfür sind die Entsorgungsbetriebe, der Nahverkehr oder die Bodenverkehrsdienste der Flughäfen. Hier muss auf die Wettbewerbsfähigkeit der kommunalen Unternehmen und ihrer Tarife geachtet werden.



Gesamtwirtschaft

Die Bundesregierung geht für 2012 nur noch von einem Wachstum von 0,7 Prozent aus. Das ist deutlich weniger als 2011. In den Gewerkschaftsforderungen findet sich auch das nicht wieder. Die Forderungen an Bund und Kommunen sind höher als die an die Länder des vergangenen Jahres, obwohl damals die Konjunkturaussichten (und mithin die Prognose für die Steuereinnahmen) weitaus positiver waren.

Der Mindestbetrag

Die Forderungen der Gewerkschaften sind insgesamt inakzeptabel. Besonders problematisch ist der geforderte Mindestbetrag.

Er führt in 62 von den 100 Entgeltgruppen und Stufen der TVöD-Tabelle zu höheren Steigerungen als der mit 6,5 Prozent ohnehin schon abwegigen Forderung. Der Mindestbetrag greift bis zur Entgeltgruppe 12, Stufe 1 (TVöD-Tabelle). „Der Mindestbetrag ist somit keine ‚soziale Komponente für die unteren Entgeltgruppen', wie ihn die Gewerkschaften bezeichnen", erläutert Manfred Hoffmann, Hauptgeschäftsführer der VKA. „Zudem wirkt der Mindestbetrag gerade in den unteren Entgeltgruppen schädlich." Das sind jene Tarifbereiche des öffentlichen Dienstes, die ohnehin bereits auf oder gar über dem Niveau der Privatwirtschaft liegen. Für die kommunalen Betriebe und Unternehmen, die im Wettbewerb stehen, bedeutet ein Mindestbetrag somit weiterer Druck.

Der Mindestbetrag greift bis zur Entgeltgruppe 12.

Weitere Informationen

Die Ausgaben der VKA-Tarifinfos stehen auf: www.vka.de.

Mitglieder der kommunalen Arbeitgeberverbände erhalten weitergehende Beratung und aktuelle Informationen zu den Tarifverhandlungen direkt bei ihrem KAV: Kontaktdaten unter www.vka.de/mitgliedverbaende

Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), Allerheiligentor 2-4, 60311 Frankfurt. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Katja Christ; E-Mail: katja.christ@vka.de.